PRESSEMITTEILUNG DER LANDTAG SCHLESWIG-HOLSTEIN

12/2009 Kiel, 5. Februar 2009

Schuldenregelungen für Bund und Länder: Gemeinsame Erklärung der Vertreter der Landtage

Kiel (SHL) – *Gemeinsame Erklärung der Vertreter der Landtage zur heutigen abschließenden Klausurtagung der Föderalismuskommission II in Berlin:*

Die Vertreter der Landtage

- sind einmütig der Auffassung, dass Schuldenregelungen für Bund und Länder nur getroffen werden können, wenn sie gleichzeitig im Grundgesetz und den Länderverfassungen verankert werden. Andernfalls würde das Budgetrecht der Landtage einseitig durch den Bund eingeschränkt. Nur für den Bundeshaushalt kann der Bund entsprechende Beschlüsse fassen;
- lehnen veränderte Abstimmungsregeln im Bundesrat ab;
- sind der Überzeugung, dass Schuldenregeln für die Länder nur dann möglich sind, wenn sie begleitet werden von Konsolidierungshilfen und einer fairen Altschuldenregelung, die alle Länder mittragen können.

Martin Kayenburg Dr. Ralf Stegner Winfried Kretschmann
Dr. Matthias Rößler Wolfgang Drexler

Schleswig-Holsteinischer Landtag, Postfach 7121, 24171 Kiel ▪ V.i.S.d.P.: Annette Wiese-Krukowska,
awk@landtag.ltsh.de, Tel. 0431 988 - 1116 oder 0160 - 96345209; Fax 0431 988-1119 ▪ www.sh-landtag.de → Presseticker